

IC MEMO – Internationales Komitee für Gedenkstätten gegründet

Bettina Bouresh, Wulff E. Brebeck, Thomas Lutz

Am 3. Juli wurde während der 19. Generalkonferenz des ICOM (Internationaler Museumsrat) in Barcelona ein neues Internationales Komitee gegründet: Das »International Committee of Memorial Museums for the Remembrance of Victims of Public Crimes against Humanity«/»Internationales Komitee für Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer von öffentlichen Verbrechen gegen die Menschlichkeit«, kurz IC MEMO. An dem komplizierten programmatischen Namen muss noch gearbeitet werden – und nicht nur daran. Bis zu seiner Bestätigung durch das ICOM Advisory Committee im kommenden Jahr muss das IC MEMO möglichst viele ICOM-Mitglieder (»voting members«) für die Mitarbeit im Komitee gewinnen und die Grundlagen für die zukünftige internationale Zusammenarbeit legen.

Wer denkt bei Ortsnamen wie Auschwitz, Theresienstadt oder Perm an Museen? Symbolisieren diese Namen doch die Haft- und Mordstätten von Menschheitsverbrechen im 20. Jahrhundert. Die gleichnamigen Gedenkstätten haben zahlreiche Funktionen: Friedhöfe, Gedenkstätten, Lernorte historisch-politischer Bildung. Darüber hinaus sind sie auch Museen. Sie tragen diesen Begriff in ihrem offiziellen Titel, wie z.B. das Staatliche Museum Auschwitz seit 1947. Oder sie nehmen in ihrem Selbstverständnis immer stärker klassische Museumsfunktionen wahr: die Bewahrung der historischen Orte, die Sammlung von Objekten und Zeitzeugenberichten, die historische Dokumentation und die Bereitstellung von Lernangeboten für unterschiedliche Besucher (-gruppen)..

Die Idee für die Gründung eines neuen Internationalen ICOM-Komitees für Gedenkstätten/Memorial Museums, die sich die Erinnerung an die Opfer öffentlicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur Aufgabe gesetzt haben, wird von Einrichtungen in verschiedenen Ländern vor allem Europas getragen. Aber es waren Gedenkstätten in Deutschland, die besonders viel Hoffnung auf eine internationale Kooperation und Verbesserungen in der professionellen Zusammenarbeit legten. Dies kann mit der besonderen Entwicklung der Gedenkstätten hierzulande begründet werden:

Die über 100 in Deutschland arbeitenden Gedenkstätten – Institutionen von der Größe der Gedenkstätte Buchenwald bis hin zu Bürgerinitiativen – wissen aus zwei Jahrzehnten Erfahrung die konkreten Vorteile einer intensiven, umfangreichen und von Informationsaustausch geprägten Kooperation zu schätzen. Mit der zunehmenden Professionalisierung der Gedenkstätten wuchs auch das Bewusstsein für den Bedarf nach einer geregelteren Form der Zusammenarbeit. So entwickelte sich aus ihrer Mitte heraus die Initiative, ein Internationales Komitee für Gedenkstätten/Memorial Museums unter dem Dach des ICOM zu gründen.

Bereits in den achtziger Jahren ist intern über die Historisierung der NS-Verbrechen diskutiert und darauf hingewiesen worden, dass sich Gedenkstätten zunehmend als zeitgeschichtliche Museen verstehen müssen. Diese Standortbestimmung fand in den

bürgerschaftlich organisierten, aus einem gesellschaftskritischen Ansatz heraus entstandenen Gedenkstätten zunächst keine Mehrheit. Erst die mit der Neukonzeption der Gedenkstätten in den neuen Bundesländern verbundenen inhaltlichen Diskussionen führten zu einem Umschwung und zeigten nun auch Wirkung in den Einrichtungen der alten Bundesländer. Zahlreiche Gedenkstätten wurden in den letzten Jahren finanziell und personell in die Lage versetzt, ihre Aufgaben umfassender wahrzunehmen. Faktoren wie der zunehmende zeitliche Abstand zur Geschichte der NS-Verfolgung oder der Übergang vom »kommunikativen« zum »kulturellen« Gedächtnis erfordern die Schaffung und Etablierung kultureller Institutionen, die in der Zukunft gesellschaftliche Träger dieser Erinnerung sein werden. Bei der damit verbundenen Musealisierung ist der fachliche Rat von Kollegen aus dem Museumsbereich unerlässlich, sei es auf dem Gebiet der (zeitgeschichtlichen) Archäologie, der Gestaltung von Freigeländen, der Sachkultur, bei Restaurierungsfragen oder der Übernahme von einheitlichen Standards für Datenbanken – sie stellen Grundlagen für den professionellen Austausch von Informationen dar.

Die besondere Situation in Deutschland nach der Wende ermöglichte eine Debatte über die Aufarbeitung der Verbrechen des NKWD im besetzten Deutschland und der SED-Diktatur im Vergleich und in der Auseinandersetzung mit der bereits etablierten Erinnerungskultur der alten Bundesrepublik. Im Verlauf dieses Diskurses wurde deutlich, dass sich bei der konkreten Aufgabe des Umgangs mit den »authentischen« Orten und »Überresten« der verschiedenen Verbrechenkomplexe professionelle Problematiken und Fragen ähnelten.

Nicht zuletzt diese Erfahrungen in Deutschland haben in den letzten Jahren zu einer verstärkten internationalen Diskussion und Verständigung geführt. Dabei sind auch die historischen Grundlagen und die Erinnerungskulturen in der Auseinandersetzung mit anderen Staatsverbrechen vom Stalinismus der ehemaligen Sowjetunion über die Apartheid in Südafrika bis zu den kapitalistischen Diktaturen Südamerikas Gegenstand von bilateralen Begegnungen oder internationalen Veranstaltungen geworden.

Es erscheint daher folgerichtig, dass sich auch auf der internationalen Ebene die Gründung einer kontinuierlichen und organisierten Form des Dialoges und der Zusammenarbeit empfiehlt. Als Rahmen hierfür bietet sich der ICOM als die weltweit eingeführte und anerkannte Museumsorganisation an.

Vor über einem Jahr begann die intensive Vorbereitung, die jetzt in Barcelona zur Gründung des IC MEMO geführt hat. Zwei Treffen, zunächst mit vier, dann mit etwa 30 Vertreterinnen und Vertretern von Gedenkstätten aus der nördlichen Hemisphäre haben stattgefunden und das allgemeine Interesse an der Gründung eines internationalen Komitees deutlich gemacht, in dem die speziellen Fragestellungen der Gedenkstätten behandelt werden können.

Die Unterstützung des deutschen ICOM-Nationalkomitees wurde gesucht. Vor allem der Rat und die Hilfe des Präsidenten, Dr. Hans-Martin Hinz, waren von unschätzbarem Wert und eine wichtige Ermutigung. Hinzu kamen der schriftliche Austausch und Unterstützungserklärungen von Einrichtungen wie dem GULAG-Museum in Perm oder dem Apartheidmuseum in Kapstadt.

Im Vorfeld der Gründung standen immer wieder zwei Themen intensiv zur Diskussion: Erstens erwies es sich als sehr schwierig, dem geplanten Komitee einen Namen zu geben, in dem sich alle Mitglieder mit ihren verschiedenen Einrichtungen wieder-

finden können. Einerseits sollte der Titel nicht zu allgemein sein. Gerade südafrikanische Kollegen betonten vehement, dass der politische Charakter der Erinnerung an Opfer von Staatsverbrechen zu betonen sei. Andererseits sollte der Name nicht zu eng gefasst werden. Beispielsweise haben einige Museen, die an jüdische Geschichte erinnern, ihr Interesse an der Mitarbeit bekundet, auch wenn sie sich nicht explizit als Holocaust-Museen verstehen.

Zweitens wurde die Befürchtung geäußert, das Komitee könne für politische Ziele instrumentalisiert werden. Hierzu ist mit Hinweis auf die ICOM-Satzung zu sagen, dass jede Institution oder Person, die Mitglied des ICOM ist, das Recht hat, in jedem internationalen Komitee ihrer oder seiner Wahl mitzuarbeiten. Die Befürchtung kann jedoch durch die Erfahrungen in der alltäglichen Arbeit entkräftet werden: Je mehr »arbeitende Gedenkstätten« – so der in Deutschland im Unterschied zu Denkmälern etc. benutzte Begriff – sich in dem Komitee zusammenfinden, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sich extreme Positionen oder Außenseiter ein Forum verschaffen können.

Intensiv wurde diskutiert, ob der Begriff »Crimes against Humanity« diesen Zusammenschluss von Museen inhaltlich deutlich genug fasst. Im Verlauf der Vorbereitung zeigte sich, dass der professionelle Zusammenschluss von Gedenkstätten (im Sinne von Museen) und deren Mitarbeitern von aktueller politischer Bedeutung sein und möglicherweise einen – kleinen – Beitrag zur Wahrung der Menschenrechte leisten kann. Zum Erstaunen der Akteure erwies sich der im tagespolitischen Alltag häufig gebrauchte Begriff, der bei der Vorbereitung der Nürnberger Prozesse entwickelt wurde, als noch sehr schwach im internationalen Recht verankert. Erst in den letzten Jahren (Tribunale von Ruanda und Den Haag) finden sich Ansätze zu einer Weiterentwicklung. Die Gedenkstätten bearbeiten historisch also gewissermaßen Neuland des internationalen Rechts. Ein guter Auftakt für die internationale Seminaraktivität des neuen Komitees könnte demnach darin liegen, auf einer interdisziplinären Veranstaltung beim Vergleich von Menschenrechtsverletzungen und Genoziden nicht nur nach der Darstellung von Geschichte in Museen zu fragen, sondern auch deren gesellschaftliche Aufarbeitung zu verfolgen und sich mit den Vorkehrungen zu beschäftigen, die getroffen oder unterlassen wurden, um solchen Menschheitsverbrechen vorzubeugen.

ICOM-Präsident Jaques Perot wies in seiner Eröffnungsadresse an die Gründungsversammlung des Komitees am 3. Juli in Barcelona u.a. auf diesen Zusammenhang hin. Seiner Meinung nach verkörpert gerade dieses ICOM-Komitee die Grundgedanken der UNESCO: Völkerverständigung, Friedensbewahrung, Schaffung kultureller Eigenständigkeit und die Auseinandersetzung mit einer Geschichte, vor der niemand fliehen kann.

Während der Gründungsversammlung wurde ein vorläufiger Vorstand gewählt, dessen Vorsitzender Wulff E. Brebeck, Leiter des Kreismuseums Wewelsburg, ist. Dr. Jan Munk (Gedenkstätte Theresienstadt) und Thomas Lutz (Stiftung Topographie des Terrors, Berlin) als Stellvertreter, Dr. Jan Erik Schulte (Kreismuseum Wewelsburg) in der Funktion als Sekretär und Schatzmeister und Dr. Bettina Bouresh (Rheinisches Archiv- und Museumsamt, Brauweiler) sowie Dr. Klaus Müller (U.S. Holocaust Memorial Museum, Washington) als Beisitzer gehören dem Vorstand an, weitere Mitglieder können und sollen kooptiert werden. Entsprechend den Auflagen der leitenden ICOM-Gremien (Advisory Committee, Executive Council) arbeitet das neue Komitee für die Dauer eines Jahres auf vorläufiger Basis.

Eine der wichtigsten Aufgaben in dieser Zeit wird es sein, möglichst viele Mitglieder aus anderen Ländern und Erdteilen zu werben, die sich auch mit anderen Formen von öffentlichen und staatlichen Verbrechen auseinandersetzen. Dabei ist eine Schwierigkeit zu überwinden, die in der Vorbereitungsphase für die neue Komiteegründung offensichtlich wurde: Die Werbung neuer Mitglieder für das IC Memo muss zugleich eine Werbung für den ICOM beinhalten, da die meisten Personen und Institutionen, die großes Interesse an der Zusammenarbeit bekundeten, bisher noch keine ICOM-Mitglieder sind.

Der Vorstand hat sich darüber hinaus für das »Probe«jahr verschiedene Ziele gesteckt: Als wichtigstes ist zu nennen, Vorschläge für einen Namen zu entwickeln, der möglichst aussagekräftig und – auch auf Französisch und Spanisch, den weiteren offiziellen ICOM-Sprachen – unmissverständlich ist. Als erste Aktivität soll im Laufe des nächsten Jahres eine internationale Konferenz vorbereitet werden, an deren Rande auch die erste offizielle Versammlung des neuen Komitees durchgeführt werden wird.

Darüber hinaus sollen kleine Schritte zu einer besseren Zusammenarbeit getan werden: von der heutzutage unumgänglichen Einrichtung einer Homepage, über erste konkrete Formen der professionellen Zusammenarbeit, sei es durch den Austausch von Volontären, den Aufbau einer kleinen Wanderausstellung, in der sich die in dem Komitee mitarbeitenden Institutionen vorstellen können, bis hin zu weiteren Vorschlägen für Kooperation und Austausch in den klassischen Feldern der Museumsarbeit.

Es bleibt zu hoffen, dass die gesteckten Ziele verwirklicht werden können, wozu neben dem eigenen Engagement vor allem die Werbung von neuen »voting members« und der Aufbau von inhaltlich tragfähigen Kommunikationsstrukturen wichtige erste Schritte sind.

Hinweise für Interessierte

Auf der Homepage des Gedenkstättenforums (www.gedenkstaettenforum.de) wird im Laufe des Herbstes ein eigener Button für das ICOM IC Memo eingerichtet werden, in dem man sich über die aktuelle Entwicklung informieren kann.

Wer Mitglied in dem Internationalen Komitee werden möchte, muss zunächst ICOM-Mitglied werden. Als Voraussetzung wird eine Tätigkeit im Museumsbereich im weiteren Sinne, wozu auf jeden Fall die Gedenkstätten für Opfer der NS-Verbrechen in Deutschland zählen, erwartet. Ein Mitgliedsantrag ist an das jeweilige nationale ICOM-Komitee zu stellen. In Deutschland ist dies: Geschäftsstelle, Johanna Westphal, Katja RoBocha, In der Halde 1, 14195 Berlin, Tel. +49 30/69 50 45 25, Fax +49 30/69 50 45 26, E-Mail: icom-deutschland@t-online.de. Auf der Homepage ist beschrieben, was zur Anmeldung zu tun ist: www.icom-deutschland.de. Nach der Anmeldebestätigung muss man sich bei der ICOM-Zentrale in Paris melden und sich für ein entsprechendes Internationales Komitee eintragen lassen. Siehe hierzu auch die Homepage: www.icom.org. Diese Anmeldung wird mit der Fertigstellung der ICOM IC Memo-Seite im GedenkstättenForum auch darüber durchgeführt werden können.

Die Mitgliedschaft ist für eine Einzelpersonen oder Institutionen möglich. Der Mitgliedsbeitrag für Einzelpersonen kostet in Deutschland 120,- DM p.a., für Institutionen ist er von der Anzahl der Mitarbeitenden abhängig.

Für diesen Mitgliedsbeitrag erhält man weltweit in den meisten Museen freien Eintritt, die entsprechenden ICOM-Publikationen und vom ICOM-Deutschland Zuschüsse für Reisen zu den Generalversammlungen, wie in diesem Jahr nach Barcelona, oder für internationale Veranstaltungen, die in Deutschland durchgeführt werden.

Dr. Bettina Bouresh arbeitet als Mitarbeiterin des Rheinischen Archiv- und Museumsamtes in der Abtei Brauweiler im Bereich Zeitgeschichte. Wulff E. Brebeck leitet das Kreismuseum Wewelsburg, zu dem die historische Dokumentation über die SS-Kult- und Terrorstätte und die KZ-Gedenkstätte Niederhagen gehören.